

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den gew. Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle nach dem Ausgabepreis 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,50 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. 20 Pf. Alle Postbestellungen sind zu richten an die Geschäftsstelle. Einzelnummern 10 Pf. Alle Postbestellungen sind zu richten an die Geschäftsstelle. Einzelnummern 10 Pf. Alle Postbestellungen sind zu richten an die Geschäftsstelle. Einzelnummern 10 Pf.

Abonnementpreis: die halbjährliche Ausgabe 100 Goldpfennig, die 4 quartalsweise Ausgabe 120 Goldpfennig, die 2 quartalsweise Ausgabe 140 Goldpfennig, die 1 quartalsweise Ausgabe 160 Goldpfennig. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Nr. 225. 85. Jahrgang. Telegr.-Abz.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Sonnabend, den 25. September 1926

Milliardenträume.

„Wenn die Könige bauen, so haben die Kärner zu tun.“ sagt ein gutes altes Sprichwort. Aber nun, da Stresemann, Briand und Chamberlain den Genfer See wieder hinter sich gelassen haben, wissen ihre im Völkerbundpalast zurückgebliebenen Schiffsleute mit den Vertretern der vielen kleineren und mittleren Staaten mit dem Arbeitsstoff, der ihnen verblieben ist, im Augenblick nichts Besseres anzufangen.

Kein Wunder, die großen Kanonen sind fort und das Publikum macht kein Hehl daraus, daß es danach für die Arbeit der Zurückgebliebenen kein sonderliches Interesse mehr aufbringt. Ist das Nachlassen der Aufmerksamkeit vielleicht auch darauf zurückzuführen, daß in den Ausschüssen, die allerhand Fragen für die Völkerbundversammlung noch spruchreif machen sollen, sich eine an Gereiztheit grenzende Nervosität unter den Delegierten geltend macht? Da frucht, in dem einen, der Franzose mit dem Norweger zusammen, was so weniger unbemerkt bleibt, als bei diesem unerfreulichen Zwiegespräch der sonst überall hochverehrte British Lord Ransden beteiligt ist; im Abrüstungsausschuß zieht der amerikanische Vertreter vom Leder, um die ungemein lästige Art, wie die Arbeiten dieser Körperschaft bisher hingeschleppt worden sind, mit beinahe schon erschütternder Deutlichkeit zu brandmarken; und zuletzt kommen sogar zwei ostländische Staaten und legen gegen die Abmachungen der Großmächte über den Artikel 16 des Völkerbundespaktes ausdrückliche Verwahrung ein. Nach Möglichkeit sucht man den Mantel internationaler Nächstenliebe über diese nicht ganz unbedrohlichen Anzeichen erster Zwierrat zu decken. Damit wird man aber auf die Dauer nur unter der Voraussetzung Erfolg haben, daß die großen, die wesentlichen, die für die ganze Zukunft des Völkerbundes wirklich ausschlaggebenden Aufgaben, die ihm mit der Aufnahme Deutschlands unweigerlich gestellt sind, nun auch endlich vorankommen, daß man nach den schönen Reden, die in Genf gehalten wurden, nun auch an die praktische Arbeit geht, die ihre „Gesamtlösung“ erfordert. Mit blohem gedulbigem Abwarten allein ist natürlich nichts getan.

Die neuen Milliardenbeträge, mit denen die Weltbefreiungspläne Genfer Ursprungs verknüpft werden, schlagen an unser Ohr, ohne sonderlichen Eindruck zu machen: wir sind bei all unserer Armut in die Milliardenwirtschaft der Nachkriegszeit „hineingeschliddert“ — um ein berühmtes gewordenes Wort zu gebrauchen — und stoßen uns gar nicht mehr im geringsten an der Vielheit der Ausgaben, die sich jetzt sofort einzufinden pflegen, so oft von irgendwelcher Begleichung von Völkerrechnungen gesprochen wird. Vorzeitige Ausgabe von ein bis zwei Milliarden Eisenbahnobligationen zugunsten der französischen Vatel? Nach vierundzwanzig Stunden schon wußte ein ganz kluger Mann, daß hier ein sehr gewaltiger Irrtum unterlaufen sei. Viermal zwei, im ganzen also acht Milliarden seien in Thoiry abgemacht worden — billiger könnten es die Franzosen unter keinen Umständen machen. Schließlich haben wir neben den Verpflichtungen aus dem Dawes-Plan auch noch einige heimische Obliegenheiten zu erfüllen. Die Aufwendungen für die Erwerbslosen verschlingen, obwohl deren Zahl seit mehreren Wochen ständig zurückgeht, immer noch ganz gewaltige Summen, und die lauten Klagen, die man jetzt auf dem Deutschen Städtetag in Stettin über die jämmerliche Lage der städtischen Finanzverwaltungen gehört hat, sind auch nicht aus der leeren Luft gegriffen.

Schon wenn das Reich ein Haus ankaufen will, weil es angeblich in seiner eigenen Wohnungsnot nicht mehr ein noch aus weiß, erbebt sich allenthalben lebhafter Widerspruch. Und wenn Behörden zusammengelegt, Beamte entlassen oder in den Ruhestand versetzt werden sollen, geht Unruhe durch die Reichen. Ein Blick nach dem Frankreich des Herrn Poincaré hinüber zeigt, daß dort jetzt in noch anderem Maßstab abgebaut wird. In diesen Hunderten werden durch einfache Reiterungsmaßnahmen Gerichte beseitigt, seit unendlichen Zeiten bestehende Verwaltungsbehörden eingezogen und unzählige Sparmaßnahmen getroffen, die wirklich zu Buche schlagen. Das Volk läßt sich diese Eingriffe noch ruhig gefallen, weil es einseht, Zustände vorläufig noch ruhig gefallen, weil es einseht, daß sie notwendig sind, wenn der Frank nicht abermals die ins Bodenlose stürzen soll. Um so weniger werden die Franzosen danach aber uns neue Zahlungen oder Leistungen auferlegen wollen, die der kaum erreichten Stabilität der deutschen Währung den Garaus machen müßten.

Dr. Sy.

Spanien für Deutschlands Kolonialansprüche.

Madrid. Der offizielle „Debate“ kommentiert die von Stresemann vor der deutschen Kolonie in Genf gehaltenen Rede und schreibt dabei: Deutschland habe unbestreitbar ein Recht auf ein Kolonialmandat. Deutschland mit seiner wachsenden Machtstellung und seiner kulturellen Bedeutung müsse die Möglichkeit einer kolonialen Expansion besitzen. Das sei eine Frage der Berechtigung und der politischen Notwendigkeit.

Dr. Stresemanns Politik gebilligt.

Das Reichskabinett einmütig für Dr. Stresemann.

Der Bericht über Thoiry.

Das Reichskabinett trat am Freitag unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Marx zu einer Sitzung zusammen, um den Bericht des Reichsaußenministers Dr. Stresemann über die Politik der deutschen Delegation in Genf entgegenzunehmen. Am Schluß der Beratung wurde folgende amtliche Mitteilung ausgegeben:

„In der unter Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Marx abgehaltenen Sitzung des Reichskabinetts erstattete der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann Bericht über die Tätigkeit der deutschen Delegation auf der Völkerbundversammlung in Genf. Das Kabinett stimmte der Haltung der deutschen Vertreter zu und sprach dem Reichsminister Dr. Stresemann sowie den übrigen Mitgliedern der Delegation für die geleistete Arbeit seinen besten Dank aus.“

Anschließend berichtete Dr. Stresemann über den Inhalt seiner Verhandlungen mit dem französischen Minister des Auswärtigen Briand zur Frage des deutsch-französischen Ausgleichs.

Das Kabinett billigte einstimmig und grundsätzlich diese Verhandlungen, zu deren Weiterführung ein aus den in Betracht kommenden Ressortministern bestehender Ausschuss gebildet wurde, der dem Kabinett Bericht erstatten soll.“

Aber den Verlauf dieser wichtigen Kabinettsitzung wird im einzelnen noch bekannt, daß nach einer Begrüßungsansprache durch den Kanzler an den Reichsaußenminister Dr. Stresemann dieser einen ausführlichen Bericht über die Genfer Verhandlungen gab, in dessen Mittelpunkt seine Besprechung mit Briand in Thoiry stand. Zusammenfassend hat der Minister festgestellt, daß in Thoiry lediglich über ein allgemeines politisches Programm für die anzustrebende endgültige deutsch-französische Verständigung gesprochen worden ist. Dr. Stresemann wies auch auf die Erklärung Briands hin, daß das französische Kabinett auch nach Thoiry in seinen Entschlüssen völlig frei sei, und stellte hierzu ergänzend fest, daß selbstverständlich für die Reichsregierung die Sachlage mithin die gleiche sei. Irgendwelche bindenden Abmachungen sind demgemäß in Thoiry zwischen Stresemann und Briand nicht getroffen worden.

Aus dem Komplex der Einzelfragen, auf die der Minister bei seiner Berichterstattung einging, sei die Frage der Mobilisierung der Eisenbahnobligationen erwähnt. Stresemann konnte darauf hinweisen, daß bedauerlicherweise in der Öffentlichkeit von einem Kaufpreis von 8 Milliarden für die Verleugung der besetzten Gebiete gesprochen worden sei und daß, wie zu erwarten war, diese Version von einer gewissen Pariser Presse willig übernommen worden sei. Der Minister vertrat unter Zustimmung des Kabinetts in dieser Frage die Auffassung, daß die Zahlenfrage lediglich eine Sachverständigenfrage ist, die sehr eingehender Ressortberatungen und Besprechungen zwischen den Kabinetten bedarf. Die in die Debatte geworfene Summe von 8 Milliarden Mark kann, das stellte Stresemann ausdrücklich fest, selbstverständlich niemals in Frage kommen, eine Mehrbelastung des Reiches über die Dawes-Lasten hinaus wird niemals zu akzeptieren sein. Alle Vereinbarungen über eine Mobilisierung eines Teiles der Eisenbahnobligationen können nur in einem Rahmen gehalten sein, der für Deutschland praktisch keine finanzielle Mehrbelastung seiner Reparationsverpflichtungen nach sich zieht.

Reichswohnungszählung im Jahre 1927.

Wieviel Wohnungsuchende gibt es in Deutschland?

Der Ausschuss für Siedlungs- und Wohnungswesen des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates behandelte den Entwurf eines Gesetzes über die Reichswohnungszählung im Jahre 1927 und die Feststellung der Zahl der Wohnungsuchenden.

Der Gesetzentwurf sieht für das Jahr 1927 die Vornahme einer Wohnungszählung in allen denjenigen Gemeinden des Deutschen Reiches, mit Ausnahme des Saargebietes, vor, deren Wohnbevölkerung bei der Volkszählung vom 16. Juni 1925 2000 oder mehr Einwohner betrug. Die Landesregierungen können bestimmen, daß die Zählung beim Vorliegen besonderer Verhältnisse auch auf Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern erstreckt wird und in Gemeinden mit weniger als 5000 Einwohnern unterbleibt, falls sie dies nicht für erforderlich erachten. Die statistischen Aufnahmen werden von den Landesregierungen bewirkt und durchgeführt an Hand von Grundstückslisten und Wohnungslisten, die von den Grundstücksbesitzern oder deren Vertretern auszufüllen

Am Schluß der Kabinettsitzung nahm Reichskanzler Marx noch einmal Gelegenheit, dem Außenminister namens der Reichsregierung für seine Bemühungen um die weitere Entspannung der deutsch-französischen Beziehungen, die die endgültige Befreiung der deutschen Grenzgebiete im Westen bringen soll, herzlich zu danken. Im übrigen hat das Reichskabinett den Außenminister mit der Fortführung der in Genf und Thoiry eingeleiteten Verhandlungen betraut. Ihm werden noch der Reichsminister der Finanzen und der Reichswirtschaftsminister in den kommenden Verhandlungen in den Fragen zur Seite stehen, die in das Gebiet dieser Ministerien fallen.

Belgien wünscht Verhandlungen mit Deutschland.

Brüssel, 24. September. Die belgische Regierung steht den deutsch-französischen Verhandlungen nicht ungünstig gegenüber, wünscht aber, daß gleichzeitig auch deutsch-belgische Verhandlungen geführt werden. In Brüsseler Kreisen spricht man schon von einer bevorstehenden Unterredung Stresemanns mit Vandervelde. Die belgischen Blätter betonen in ihren Ausführungen, daß eventuelle Verträge niemals in englandfeindlichem Sinne abgeschlossen werden dürften.

Der „Temps“ und die Abrüstungskonferenz.

Paris, 24. September. Der Temps befaßt sich unter dem Titel: „Sicherheit und Abrüstung“ mit den Genfer Besprechungen und betont, daß man sich von der ins Auge gefassten Abrüstungskonferenz nicht eine vollkommene und endgültige Lösung des Problems versprechen sollte. Man scheint auf verschiedenen Seiten zu befürchten, schreibt das Blatt, daß die Kontrolle zu seinem Ergebnis führen werde. Dies wäre jedoch nur eine Frage der Opposition, wobei man allerdings zugeben müsse, daß die ganzen internationalen Abmachungen zweifellos wären, wenn man nicht über die Möglichkeit verfügen könnte, nachzuprüfen, ob die Unterzeichner des Vertrages tatsächlich gewissenhaft ihre Verpflichtungen einhielten. Es müsse jedoch jeder Staat selbst angeben, was er als Minimum für seine Sicherheit als nötig erachte. Es müsse daher die Besprechung solcher Fragen nicht nur vom allgemeinen Gesichtspunkte aus behandelt werden. Die gegenwärtige günstige Atmosphäre in Europa müßte für diese Verhandlungen ausgenutzt werden. Es sei daher schwer zu verstehen, daß die Mächte, welche nicht aufhörten, den kontinentalen Staaten die Abrüstung zu empfehlen, indem sie dieselbe als imperialistisch bezeichneten, sich auf keine entscheidenden Schritte einließen und alles in Frage stellen wollten. Die von dem amerikanischen Delegierten in der vorbereitenden Abrüstungskommission eingenommene Haltung und die des englischen Delegierten seien in dieser Hinsicht in ganz besonderem Maße einschlagend.

Regierungskrise in Polen.

Warschau, 25. September. Wie zu erwarten war, ist die Regierungskrise noch am Freitag zum Ausbruch gekommen. Die Rechtsparteien haben es vorgezogen, einem Kampf mit Pilsudski selbst aus dem Wege zu gehen und haben ihren Vorschlag gegen den Minister des Innern Mlobjanowski und den Unterrichtsminister Sulkowski gerichtet. Zum Schluß der Sesung wurden zwei Mißtrauensanträge gegen diese beiden Minister eingereicht, die mit 176 gegen 82 bzw. 158 gegen 82 Stimmen angenommen wurden. Darauf wurde der Sejm auf Sonnabend vertagt. Die beiden Minister reichten sofort ihre Rücktrittsgesuche ein. Das Kabinett trat gegen 11,30 Uhr zu einer Sitzung zusammen. Es wird allgemein angenommen, daß sich das Kabinett mit den beiden Ministern solidarisch erklären und dem Präsidenten der Republik das Rücktrittsgesuch des Gesamtministeriums überreichen wird.

und Werner nach der Entwurf eine Ermächtigung des Reichsarbeitsministers vor, über die Anlage und Führung von Verzeichnissen der Wohnungsuchenden (Wohnungsklassen Wohnungskarteien) in den Gemeindebehörden, insbesondere über die Voraussetzungen der Eintragung und über deren Geltungsdauer Vorschriften zu erlassen.

Der Ausschuss stimmte dem Grundgedanken des Gesetzes, soweit er die Wohnungszählung behandelt, einmütig zu. Jedoch war man der Ansicht, daß sich die Zählung auf alle Wohnungen erstrecken müsse, und beschloß daher mit allen gegen eine Stimme, die einschränkenden Zusätze zu streichen. Ein Antrag, die Bestimmung über Anlegung von Listen der Wohnungsuchenden zu streichen, wurde mit 6 gegen 10 Stimmen abgelehnt.

Dem Gesetzentwurf wurde sodann gegen eine Stimme zugestimmt.

Für die Beratung des Fragebogens, der der Zählung zugrunde gelegt werden soll, wurde ein Arbeitsausschuß eingesetzt.